



Seite 3: Gedenken in Bernburg



Seite 4: Gedenken in Staßfurt



Seite 10: Lars Lehmann will in Güsten Bürgermeister werden

# DIE LINKE ZEITUNG

02 / 2022

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

## Preise steigen – LINKES Entlastungspaket:

# Löhne hoch, Reiche besteuern!

aus der Bundesgeschäftsstelle

Alles wird teurer: 2021 lag die Inflationsrate bei 3,1 Prozent, so hoch wie seit 1993 nicht mehr. Für 2022 werden Preissteigerungen in ähnlichem Umfang vorausgesagt. Besonders stark verteuert haben sich Strom, Gas, Benzin, Heizöl und Gemüse. Nahrungsmittel waren im Dezember um 6 Prozent teurer, Energie sogar um 18 Prozent. Wer ein niedriges Einkommen oder eine kleine Rente bekommt, muss einen deutlich größeren Teil seines Geldes für Miete, Essen und Heizung ausgeben und ist deutlich stärker von der Teuerung betroffen. Bezieher\*innen von Grundsicherung, Arbeitslosengeld, Rente und Bafög erleben eine faktische Kürzung ihrer Bezüge, wenn die staatlichen Zahlungen nicht schnell angepasst werden – dabei hat das Geld schon vorher oft kaum zum Leben gereicht. Die bisherige Erhöhung von Hartz-IV um 3 Euro liegt mit 0,7 Prozent weit unterhalb der Teuerungsrate, Bezieher\*innen der Grundsicherung bekommen also noch weniger als früher. Auch der für Sommer angekündigte Heizkostenzuschuss von 135 Euro für Wohngeldempfänger\*innen geht am Ausmaß des Problems völlig vorbei. Nur ein kleiner Teil der Haushalte erhält Wohngeld, die Regierung spricht von 700 000. Aber mehr als 13 Millionen Menschen sind von Armut bedroht (Paritätischer

Armutsbericht 2021). Außerdem reicht ein einmaliger Zuschuss nicht, um die dauerhaft steigenden Kosten auszugleichen. Viele Energieversorger haben dauerhaft höhere Preise und Vorauszahlungen angekündigt. Zudem kommt eine Auszahlung im Sommer zu spät, wer wenig verdient, hat meist keine Rücklagen. Höhere Vorauszahlungen werden aber jetzt fällig. Die Hoffnung der Regierung auf »Steuerung« der Preise über Marktanreize müssen viele Verbraucher\*innen nun mit

Niemand soll hungern, frieren oder in einer dunklen Wohnung sitzen müssen! Wir fordern sofort: Gegen Armut hilft Geld: Einmalzahlung von 200 Euro an alle Menschen, die unter der Armutsrisikoschwelle liegen. Ein solcher Entlastungsbonus wäre eine schnelle Entlastung für die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Familien mit geringen Einkommen profitieren besonders: Eltern erhalten die 200 Euro auch für ihre Kinder. Das Geld muss sofort ausgezahlt werden.

Hartz-IV ist zu niedrig! Die Inflationsrate muss sofort ausgeglichen und dann um weitere 200 Euro erhöht werden. Der Satz muss armutsfest sein und das tatsächliche sozioökonomische Existenzminimum abdecken. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat ausgerechnet: Ohne kleinzurechnen, müsste der Hartz-IV-Satz bei 678 Euro liegen! Für Menschen im Grundsicherungsbezug müssen die tatsächlichen Energiekosten übernommen werden. Wohngeld soll auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt werden, also auch Warmwasser und Heizkosten umfassen. Zudem soll es um eine Komponente für Stromkosten erweitert werden. Wer in energetisch sanierten Wohnungen eine höhere Miete zahlt, muss einen Zuschuss für die Sanierungskosten bzw. die daraus folgenden höheren Mietkosten erhalten (»Klimawohngeld«). Verbot von Strom- und Gassperren für alle Privathaushalte. Strom- und Gasanbieter



deutlich höheren Lebenshaltungskosten bezahlen. Währenddessen steigen die Vermögen und Einkommen der Anteilseigner von Energie- und Lebensmittelkonzernen weiter in den Himmel. Das zeigt: Der Markt regelt es nicht. Die LINKE sagt: Es kann nicht sein, dass ärmere Menschen sich in diesem reichen Land keine warme Wohnung leisten oder kein Gemüse mehr kaufen können.

Fortsetzung auf Seite 2

## Fortsetzung von Seite 1

werden verpflichtet, Privatkunden ein Grundkontingent kostenlos oder kostengünstig anzubieten. Alles, was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird im Gegenzug teurer. Das entlastet Menschen mit geringen Einkommen und schafft Anreize für klimaschonendes Verhalten. Der CO2-Preis für das Heizen muss vollständig von den Vermietern gezahlt

werden. Als Anreiz zum Austausch alter Heizungen kann er nur bei den Vermietern wirken. Mieter\*innen haben keinerlei Einfluss auf die Art der Heizung in ihren Wohnungen. Kein Tarifabschluss unterhalb der Inflationsrate! Dazu gehören Tariftreuegesetze für öffentliche Aufträge, leichtere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Fortgeltung von Tarifverträgen

bei Auslagerung auf Subunternehmer. Steuerfreibetrag auf 14.400 Euro im Jahr anheben! Diese Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen erhöht die Kaufkraft. Im Gegenzug braucht es endlich eine höhere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen.

## Gegen das Vergessen

Sabine Dirlich

Wie in jedem Jahr legten wir am 27. Januar dieses Jahres, dem Tag an dem bundesweit der Millionen Menschen gedacht wird, die unter der nationalsozialistischen Herrschaft verfolgt, gequält und ermordet wurden, einen Kranz am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus nieder. Auch in diesem Jahr blieben wir damit nicht allein. Es ist der Initiative unserer Fraktion im Stadtrat – ein entsprechender Antrag unserer Fraktion war im Stadtrat mit großer Mehrheit angenommen worden – zu danken, dass inzwischen schon zum wiederholten Mal die Vorsitzende des Schönebecker Stadtrates Cornelia



Gedenken in Schönebeck; Foto: privat

Ribbentrop (SPD) zum Gedenken aufgefordert hat. Die Vorsitzenden aller Fraktionen des

Stadtrates und auch der Oberbürgermeister Bert Knoblauch (CDU) waren ihrer Einladung gefolgt. Wir waren mit 5 Genoss/innen bzw. Sympathisant/innen vertreten, darunter die Vorsitzende unseres Ortsverbandes Christa Beier.

In ihrer kurzen Ansprache betonte die Stadtratsvorsitzende in bewegenden Worten die Wichtigkeit des „Nie Vergessens“ und des miteinander Redens. Sie warb für mehr Respekt in der Gesellschaft und forderte zum Mitdenken und

Mitmachen auf.

## Die DDR und die Friedensfahrt Teil 9 (1975-1977)

Uwe Käthner

### Die Zeit des H.J. Hartnick

Die 28. Tour 1975 begann mit einer Staffel der Nationen in Berlin, die Italien für sich entscheiden konnte, das gelbe holte sich Istvan Szlipcsevics aus Ungarn. Mit dem Sieg auf der 1. Etappe, einem erfolgreichen Ausreißversuch kurz vor dem Ziel, holte sich Hans Joachim Hartnick das Gelbe. Auf diese Weise gewann er bereits zweimal im Vorjahr. Ein spannendes Duell begann mit Richard Szurkowski, der sich über im Zeitgutschriften bei Prämienspurts und Bergwertungen immer wieder Sekunden gegenüber H.J. Hartnick gut machen konnte, der wiederum 32 Sekunden beim Zeitfahren gut machte. Szurkowski stürzte zwar noch kurz vor dem Ziel in Warschau, doch erreichte er noch als Letzter des Feldes die Zeitkontrolle und sicherte sich sein 4. Gesamtsieg mit 46 Sekunden vor H.J. Hartnick. Auch in der Teamwertung gelang der DDR der zweite Platz hinter der UdSSR. Für den ersten BRD-Etappensieg sorgte Peter Weibel in Hradec Kralove, und er sagte „Nun geht mein Name um die Welt“, er brach später als Trainer viel Friedensfahrt-Eis und sorgte dafür, dass seine besten Amateure

Jahr für Jahr dabei waren. Im olympischen Jahr 1976 zeigte der neue Hoffnungsträger der



Hartnick (links) bei der Friedensfahrt 1977  
Von Bundesarchiv, Bild 183-S0509-0030 / CC-BY-SA 3.0,  
CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5369007>

DDR, Hans Joachim Hartnick auf dem strapazenreichen Weg nach Krakow auf der 5. Etappe Stärke. Bei sehr schwierigem Wetter gaben 21 Fahrer ihre Startnummern ab. Spitzenreiter Morosow (UdSSR) verlor über 19 Minuten und H.J. Hartnick übernahm das Gelbe Trikot.

Fortan lieferten sich vor allen H.J. Hartnick und Stanislaw Szozda einen großen, und über alle Maßen fairen Kampf um das Gelbe. Als der Cottbuser einen Defekt beheben musste, wartete der Pole den Radwechsel ab. Mit dem Etappensieg auf der letzten Etappe in Berlin krönte er als 21 jähriger sein Friedensfahrtsieg, auch in der Teamwertung erreichte die

DDR den 2. Platz hinter der UdSSR. Nach dramatischen Jahren folgte 1977 eine fast langweilige Tour.

Der Olympiasieger von 1960 Viktor Kapitonow (7 mal bei der Friedensfahrt dabei) hatte als Trainer eine nahezu unschlagbare Mannschaft an den Start gebracht. Eine lange Serie der Dominanz der UdSSR begann. Das DDR-Team konnte aber auch 5 Starter unter den besten 12 Fahrern platzieren. Bernd Drogan und Siegbert Schmeißer sorgten für 2 Etappensiege und das Team der DDR erreichte erneut den zweiten Platz. Avo Pikkuus war der Dominator der Tour.

- 1975:
  1. Richard Szurkowski (Polen)
  2. H.J. Hartnick
  - Team: UdSSR, 2. DDR
- 1976:
  1. H.J. Hartnick (DDR)
  - Team: UdSSR, 2. DDR
- 1977:
  1. Aavo Pikkuus (UdSSR)
  5. Siegbert Schmeißer
  - Team: UdSSR, 2. DDR

# Allen ein Leben in Würde ermöglichen und Armut dauerhaft bekämpfen

Nachricht von Jan Korte, 15. Januar 2022

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, schlägt der Bundesregierung einen Corona-Armuts-gipfel vor, um gemeinsam mit Sozialverbänden und Betroffenenorganisationen Lösungen zu finden, um allen in der Pandemie ein Leben in Würde zu ermöglichen

und Armut dauerhaft zu bekämpfen. Er bittet Kanzler Olaf Scholz in einem Brief darum, einen schnellen Corona-Zuschlag auf Hartz IV zu zahlen, um armen Menschen zu helfen:

„Seit über zwei Jahren wird das öffentliche und private Leben von der Corona-Pandemie eingeschränkt. Die letzte Bundesregierung hat mit vielen Maßnahmen auf diese Krise reagiert. Meine Fraktion DIE LINKE hat einige dieser Maßnahmen im Bundestag mitgetragen und in anderen Punkten Alternativen vorgeschlagen - so wie es die jetzigen Koalitionsparteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen auch getan haben. Was in vielen Punkten am Ende der richtige Weg gewesen wäre, können wir zum Teil heute noch nicht sagen. Aber neben der Weigerung, die Patente auf Impfstoffe freizugeben und damit der Pandemie international den Kampf anzusagen, war eine Entscheidung definitiv falsch: Zwar einen Au-



Jan Korte; Foto: privat

togipfel nach dem anderen zu veranstalten, aber keinen Sozialgipfel.

Arme Menschen sind in jeder Hinsicht am meisten durch die Pandemie betroffen - nicht gefühlt, sondern empirisch belegt. Wer arm ist, hat laut einer RKI-Studie ein höheres Risiko, an Corona zu erkranken und zu sterben. Die Armut in Deutschland ist laut Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands in der Pandemie auf einen Höchststand gewachsen. Parallel sind Hilfsangebote wie Tafeln oder Sozialkaufhäuser zeitweise weggebrochen und aktuell wieder durch die Omikron-Welle gefährdet. Alleinerziehende und Familien mit vielen Kindern sind bei uns am meisten von Armut betroffen. Einige Schulkinder aus diesen Familien werden zeitweise nicht am Fernunterricht teilgenommen haben, wenn sie zu den 230.000 Menschen gehören, denen laut Paritätischem im vergangenen Jahr der Strom

abgedreht wurde.

Und die Lage wird gerade noch schlimmer. Die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie gehen über die Hartz-IV-Anpassung weit hinaus. In meinen Bürgerbüros im Wahlkreis Anhalt melden sich derzeit so viele verzweifelte Menschen wie noch nie, die

sagen, dass sie mit dem Geld, das ihnen zur Verfügung steht, nicht mehr über die Runden kommen. Ich bitte Sie, jetzt sofort zu helfen und einen Krisenaufschlag von 100 Euro auf Hartz IV zu veranlassen, wie es Sozialverbände fordern.

Die andauernde Pandemie ist eine riesige Herausforderung für den Staat und für Sie als neue Bundesregierung. Deshalb sollten Sie sich jetzt Expertise von außen holen und einen Corona-Armuts-gipfel einberufen, um sich einen Überblick über die gravierenden Probleme der 13 Millionen armen Menschen in Deutschland zu verschaffen. Gemeinsam mit Wohlfahrts- und Sozialverbänden, mit Kommunen, den Betroffenen sowie Hilfsorganisationen müssen unverzüglich Lösungen gefunden werden, um allen in der Pandemie ein Leben in Würde zu ermöglichen und Armut dauerhaft zu bekämpfen.“

## Gedenken in Bernburg

Henriette Krebs

Am Vormittag des 27. Januar trafen sich die Genossinnen und Genossen des Bernburger Ortsverbandes zusammen mit der Ortsvorsitzenden Elke Rehmann und der Kreisvorsitzenden des Salzlandkreises, Henriette Krebs, zum gemeinsamen Gedenken auf dem Gelände des Fachklinikums Bernburg am Gedenkstein. Auf dem Gelände des heutigen Fachklinikums Bernburg befand sich ab 1940 eine der sechs zentralen „Euthanasie“-Anstalten, in denen Menschen mit Gas in vermeintlichen Duschräumen getötet wurden. Rund 14.000 Patientinnen und Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten sowie Häftlinge aus den Konzentrationslagern Buchenwald, Flossenbürg, Groß-Rosen, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen starben allein in Bernburg. Darunter waren Alte, Menschen mit Behinderungen und auch Kinder. Im Spätsommer 1943 wurde die „Euthanasie“-Anstalt Bernburg geschlossen. Die baulichen Überreste der Vernichtungsanlage blieben zum Teil erhalten, darunter die Gaskammer. Heute kann der Ort besichtigt werden und mittels einer

Ausstellung sind die grausamen Geschehnisse bis heute nachvollziehbar.

Die Gedenkstätte ist damit ein Ort, an dem die Geschichten der Vergangenheit auf die Fragen der Gegenwart treffen. In den Räumen, die früher zur Tötungsanstalt gehört haben, wird heute erinnert, gelernt und geforscht. Gerade in einer Zeit, in der Antisemitismus, Rassismus und Hetze wieder um sich greifen, liefert die Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg einen unschätzbaren Beitrag gegen das Vergessen. Die Stätte verdeutlicht allen Besucherinnen und Besuchern, dass zu Beginn des letzten Jahrhunderts aus anfänglichen Worten unfassbare und grausame Taten gegen Mitmenschen folgten und welche tödlichen Konsequenzen dies für Fremde und Freunde gleichermaßen haben konnte. Daher sollten wir niemals diese schrecklichen Taten vergessen, auf dass sie sich auch niemals wieder wiederholen werden, so das Credo der Genossinnen und Genossen.



Gedenken in Bernburg; Foto: privat

# Traditionelle Mahn- und Gedenkveranstaltung auf dem Staßfurter Friedhof

Ortsverband Staßfurt

Es ist eine feste Tradition für den Ortsverband, sich Ende Januar mit Mitgliedern und friedliebenden Bürgerinnen und Bürger auf dem Staßfurter Friedhof zu einer Mahn- und Gedenkveranstaltung zu treffen.

Anlass ist der Jahrestag der Befreiung des faschistischen Konzentrationslager Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee, der sich in diesem Jahr zum 77. Mal jährt.

Der Ortsvorsitzende konnte zu dieser Veranstaltung herzlich die Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE im Landtag, Eva von Angern, die Kreisvorsitzende Henriette Krebs und den Oberbürgermeister der Stadt Sven Wagner sowie ca 40 Bürgerinnen und Bürger begrüßen.

Vor dem Redebeitrag legten der Ortsvorsitzende Klaus Magenheimer, Eva von Angern, Bianca Görke und Alexander Behm Kränze vor der Gedenktafel ab. Sie sollen stellvertretend der vielen Toten, Gefolterten und Opfern des Nationalsozialismus gedenken

In ihrer Gedenkrede hob die Kreistagabgeordnete und stellvertretende Stadtratsvorsitzende Bianca Görke die Verantwortung der jetzt lebenden Generation hervor, dafür zu sorgen, dass sich solche Gräueltaten niemals wiederholen dürfen. Das Vernichtungslager Auschwitz war nicht der Beginn, es war der



Gedenken in Staßfurt; Foto: privat

menschenverachtende Höhepunkt einer Politik, die von Antisemitismus, Rassismus und Kriegsverherrlichung geprägt war. Die Repressalien wurden gesteigert und so Schritt für Schritt die Hemmschwelle für das unfassbar Böse beseitigt. Der von den deutschen Faschisten stabsmäßig geplante und durchgeführte Völkermord war in dem Ausmaß nur möglich, weil viele wegsahen und sich aktiv beteiligten.

Dafür wurden aber nur wenige zur Verantwortung gezogen und noch in der heutigen Zeit flammen immer wieder Prozesse zur „Auschwitzlüge“ auf, wo Menschen behaupten der Holocaust habe überhaupt nicht stattgefunden. Geradezu unerträglich erscheint

da der Vergleich sogenannter Querdenker, die meinen mit den Einschränkungen durch die Pandemie machten sie ähnliches Leid durch. Dies sei eine schlimme Relativierung von Verbrechen und ist übler Geschichtsrevisionismus und man darf nur hoffen, dass es auch nie wieder etwas Vergleichbares geben wird. Diese sogenannten Spaziergänge scheinen aber auch der Nährboden zu sein, wo sich Nazivokabular wieder ungestraft anwenden lässt. Die gesellschaftliche Spaltung, wird hier als Türöffner für nationalistische Ideen genutzt und viele laufen bereits wieder den Propagandisten hinterher. Natürlich sind dies nicht alles Rechte, aber etwas mehr Sensibilität, wem ich da Beifall zolle, darf man von mündigen Bürgern doch erwarten. Sie rief uns auf, diesen Erscheinungsformen entschieden in allen Bereichen der Gesellschaft entgegenzutreten und zitierte folgerichtig auch aus dem Lied von Konstantin Wecker „Sage Nein“

Demokratie ist kein Selbstläufer, sie muss gepflegt und verteidigt werden. Dies wird auch in den nächsten Jahren ein Riesenkraftakt aller demokratischen Kräfte bleiben.

Die Dankesworte nutzte der Ortsvorsitzende, um alle Beteiligten zu einer Gedenkminute zu bitten.

Die Dankesworte nutzte der Ortsvorsitzende, um alle Beteiligten zu einer Gedenkminute zu bitten.

## Neujahrstreffen am 28. Januar ein wenig anders

Angela Plättner

Da unser Neujahrsempfang in einem geschlossenen Raum erneut wegen Corona ausgefallen ist, wollte die Bernburger Linke trotzdem den Bürgerinnen und Bürgern etwas Gutes tun und plante deshalb einen alternativen Neujahrsempfang auf dem Karlsplatz. Als ich gegen 9.30 Uhr im Büro ankam schmierten die drei Genossinnen Henriette Krebs, Elke Rehmann und Ute Halle schon fleißig Schnitten und kochten Kaffee und Tee für die Gäste, die auf dem Karlsplatz vorbeikommen würden. Ewald Neumann, der für das Aufstellen des Tisches verantwortlich war, war auch schon eingetroffen. Es sollte Fettschnitten mit Gurke und Kaffee oder Tee dazu geben. Das Fett war sogar vegan. Kurz vor zehn packten wir alles zusammen und gingen zum Karlsplatz. Das Wetter war kalt doch es regnete nicht, denn der kleine Nieselregenschauer hatte gerade aufgehört. Wir bauten Tisch und



vegane Fettschnitten; Foto: privat

Essen auf und warteten dann auf die Leute. Später kamen noch Mike Mingo und Sylvia Ristow dazu. Natürlich hätten mehr kommen können. Aber in Betracht des kalten Wetters und des schlechten Wahlergebnisses konnte man doch zufrieden sein. Außerdem sagten viele, dass es lieb ist was die Linken gemacht haben, sie aber wegen ernährungsbedingten Erkrankungen kein Fett essen konnten. Wieder andere hatten schon reichlich gefrühstückt und keinen Appetit mehr. Wir blieben anderthalb Stunden und boten unser Essen an. Trotzdem blieb noch etwas übrig, was wir dann nach dem Neujahrsempfang im Büro bei einem gemütlichen Beisammensein selbst aufaßen. Trotz des verhaltenen Interesses in der Bevölkerung waren wir uns alle einig, dass der Anfang gemacht ist für den Kampf um das Interesse der Bürger für unsere Politik. Und es kann nur besser werden.

Die Kreisvorsitzenden

**DIE LINKE.**  
**Kreisverband Salzlandkreis**  
Bernburg, den 02.02.2022

DIE LINKE, KV Salzlandkreis, Postfach 1104, 06391 Bernburg (Saale)

An alle Mitglieder des Kreisverbandes  
DIE LINKE. Salzlandkreis

## Einladung

Liebe Genossin, lieber Genosse,

der Kreisvorstand hatte am 01.09.2021 die **20. Kreisversammlung** als Gesamtmitglieder-  
versammlung einberufen. Pandemiebedingt musste diese dann verschoben werden und so  
findet diese nun:

am: **Samstag, den 26. März 2022**  
ab: **10.00 Uhr**  
im: **Saal des Verwaltungsgebäudes der Stadtwerke Staßfurt**  
(Adresse: Athenslebener Weg 15, 39418 Staßfurt)

statt. **Als Mitglied des Kreisverbands bist du zu dieser Versammlung herzlich eingela-**  
**den.**

Gemeinsam mit dir und Gästen aus Land und Bund wollen wir auf das Wahljahr 2021 zu-  
rückblicken sowie die aktuelle politische Lage betrachten, aber auch einen ehrlichen Blick  
auf unsere Partei DIE LINKE. im Salzlandkreis richten. Auf der Tagesordnung stehen auch  
turnusmäßig die Neuwahl vom Kreisvorstand und Kreisfinanzrevisionskommission für die  
Legislatur von 2021-2023. Solltest du Interesse haben künftig mit uns im Kreisvorstand zu  
arbeiten, dann melde dich bitte zuvor bei uns und/oder ergreife mutig auf der Versammlung  
das Wort. Auch Delegierte werden wieder gebraucht. Je zwei Delegierte sowie Ersatzdele-  
gierte zum Landesausschuss sowie zum Bundesparteitag für die Wahlperiode 2022-23 wol-  
len wir auf der Versammlung wählen.

Die Vorschläge zur Tagesordnung (Ablaufplan) und zur Geschäftsordnung entnimm bitte den  
Anlagen zu dieser Einladung. Die Versammlung ist öffentlich. Interessierte Gäste sind wie  
immer gern gesehen und willkommen.

Wichtige organisatorische Hinweise: Auf dem Gelände der Stadtwerke sind ausreichend kos-  
tenfreie Parkplätze vorhanden. Bitte schließ dich mit anderen Genossinnen und Genossen  
für Fahrgemeinschaften zusammen. Eine Kinderbetreuung bieten wir bei Bedarf auch an.  
Bitte vorher per Mail ([dielinke-slk@t-online.de](mailto:dielinke-slk@t-online.de)) bei uns melden. Für Essen und Getränke wird  
zum Selbstkos-tenpreis vor Ort gesorgt sein. Es gilt die 3G-Regel im Objekt (inkl. kostenloser  
Tests vor Ort).

Mit solidarischen Grüßen

Henriette Krebs

Jörg Lemmert

DIE LINKE. Kreisverband Salzlandkreis  
20. Kreisversammlung am 26.03.2022 im Saal der Stadtwerke in Staßfurt

---

**T A G E S O R D N U N G** (Vorschlag)

*10.00 Uhr: Beginn der Versammlung*

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Konstituierung der Versammlung
  - Wahl der Versammlungsleitung
  - Beschluss der Geschäftsordnung
  - Beschluss der Tagesordnung
  - Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - Wahl der Antragskommission
  - Wahl der Wahlkommission
3. Diskussion zum Wahljahr 2021 und zur aktuellen politischen Lage
4. Rechenschaftslegung des Kreisvorstandes
5. Finanzbericht des Kreisvorstandes
6. Bericht der Kreisfinanzrevisionskommission
7. Bericht über die Arbeit der Kreistagsfraktion
8. Aussprache zu den Berichten
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission, Bestätigung des Berichts und Feststellung der Beschlussfähigkeit der Versammlung
10. Entlastung des Kreisvorstandes
11. Beschlussfassung über die Anzahl der zu wählenden Stellvertreter/innen der/des Kreisvorsitzenden, der Mitglieder des Kreisvorstandes und der Mitglieder der Kreisfinanzrevisionskommission
12. Aufstellung der Kandidat/innen zur Wahl der/des/von ...
  - Kreisvorsitzenden
  - Stellvertreter/innen der/des Kreisvorsitzenden
  - Kreisschatzmeister/in
  - Mitglieder des Kreisvorstandes
  - Mitglieder der Kreisfinanzrevisionskommission
  - zwei Delegierte sowie Ersatzdelegierte zum Bundesparteitag 2022-23
  - zwei Vertreter/innen sowie Ersatzvertreter/innen im Landesausschuss 2022-23
13. Erläuterung der Wahlordnung und dazu notwendige Beschlüsse
14. Wahlen und Bekanntgabe der Wahlergebnisse
15. Behandlung von Anträgen und Sonstiges
16. Schlusswort der/des neugewählten Kreisvorsitzenden

*16:00 Uhr: voraussichtliches Ende der Versammlung*

DIE LINKE. Kreisverband Salzlandkreis  
20. Kreisversammlung am 26.03.2022 im Saal der Stadtwerke in Staßfurt

---

**G E S C H Ä F T S O R D N U N G** (Vorschlag)

1. Die Kreisversammlung ist unabhängig von der Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Kreisverbands ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Die Beschlussfähigkeit wird durch den Bericht der Mandatsprüfungskommission festgestellt. Dieser ist durch die Versammlung zu bestätigen.
2. Die Leitung der Versammlung erfolgt durch die in offener Abstimmung gewählte Versammlungsleitung. Der Ablauf erfolgt entsprechend der beschlossenen Tagesordnung. Die Versammlungsleitung kann die Redezeit in der Aussprache und in der Auswertung begrenzen. Auch Gästen kann das Wort erteilt werden. An Rednerinnen und Rednern können Anfragen gestellt werden.
3. Anträge an die Kreisversammlung sind bis zwei Wochen vor dem Versammlungstermin in Schriftform den beiden Kreisvorsitzenden, die sie im Kreisverband öffentlich machen, zuzuleiten. Danach sind nur noch begründete Dringlichkeitsanträge, ebenfalls in Schriftform, möglich. Änderungs- oder Ergänzungsanträge zum Leitantrag des Kreisvorstands sind ebenfalls schriftlich den Kreisvorsitzenden bzw. der Antragskommission zuzuleiten. Sie sind auch noch in der Versammlung bis zur Endabstimmung möglich. Anträge zur Geschäftsordnung und zum Ablauf der Versammlung können durch stimmberechtigte Teilnehmer/innen der Versammlung jederzeit mündlich gestellt und begründet werden. Sie müssen sofort behandelt und abgestimmt werden. In der Antragsdebatte erhält jeweils zunächst der/die Antragsteller/in das Wort zur Begründung.
4. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Stimmrecht haben alle anwesenden Mitglieder des Kreisverbands.

## **Bundesparteitagsdelegierte und Landesausschuss**

(gewählt auf der 18. Kreisversammlung am 12.10.2019 in Staßfurt, Stand: 02.02.2022)

### **Bundesparteitagsdelegierte 2020-2021**

Sabine Dirlich (Schönebeck)

Tobias Pochanke (Güsten)

### **Ersatzdelegierten zum Bundesparteitag 2020-2021**

Petra Stenzel (Güsten)

Roland Claus (Schönebeck)

### **Mitglieder des Landesausschuss 2020-2021**

Regina Koblischke (Aschersleben)

Ernst-Hermann Brink (Güsten)

### **Ersatzmitgliedern des Landesausschuss 2020-2021**

Tobias Pochanke (Güsten)

## Kreisvorstand und Kreisfinanzrevisionskommission

(gewählt auf der 18. Kreisversammlung am 12.10.2019 in Staßfurt, Stand: 02.02.2022)

### Vorsitzende

Henriette Krebs (Bernburg)  
Jörg Lemmert (Bernburg)

Elke Rehmann (Bernburg)

Petra Stenzel (Güsten)  
Alexander Behm (Staßfurt)  
Manfred Bölke (Güsten)

### Stellvertretende Vorsitzende

Christa Beier (Schönebeck)  
Nicola Hoppe (Aschersleben)  
Klaus D. Magenheimer (Staßfurt)

Hans-Jürgen Hedermann (Aschersleben)  
Heinz-Werner Herrler (Schönebeck)  
Siegfried Nietardt (Aschersleben)  
Thorald Windt (Staßfurt)

### Schatzmeisterin

Jule Recklebe (Calbe)

### Kreisfinanzrevisionskommission

Hans-Jürgen Berg  
Hella Käthner  
Prof. Rainer Schlegel

### Mitglieder Kreisvorstand

Sabine Dirlich (Schönebeck)  
Regina Koblischke (Aschersleben)  
Angelika Müller (Schönebeck)

## Aufruf für Kandidaturen zur Kreisversammlung

Am 26. März starten wir unseren zweiten Anlauf: Die 20. Kreisversammlung steht an und wir sind optimistisch, dass wir sie dieses Mal durchführen können. Im Rahmen der Kreisversammlung stehen wieder viele Wahlen an, die wir turnusgemäß alle zwei Jahre als Kreisverband durchführen. Der Übersicht über die aktuelle Verteilung der Ämter könnt ihr entnehmen, für welche Funktionen Genossinnen und Genossen zur aktiven Mitarbeit und zur Gestaltung des Kreisverbandes gesucht werden. Grundsätzlich gilt es natürlich, die Arbeit auf möglichst viele Schultern der rund 260 Mitglieder im Salzlandkreis zu verteilen. Bei Interesse zur aktiven Mitarbeit bzw. bei Fragen zu den einzelnen Ämtern meldet euch bitte beim amtierenden Kreisvorstand: [dielinke-slk@t-online.de](mailto:dielinke-slk@t-online.de). Einige Genossinnen und Genossen haben bereits ihre Bereitschaft für Kandidaturen bekundet, so wird etwa Henriette Krebs wieder als Kreisvorsitzende antreten. Jörg Lemmert wohnt, wie in der LINKEN Zeitung bereits berichtet wurde, mittlerweile in Berlin und steht nicht erneut zur Verfügung. Dagegen ist unsere jetzige Kreisschatzmeisterin Jule Recklebe nicht umgezogen und kandidiert erneut für dieses wichtige Amt.

All denen, die bisher im Kreisvorstand aktiv waren und bereits angekündigt haben, nicht wieder zu kandidieren an dieser Stelle schon mal ein großes Dankeschön. Gerade in den letzten zwei Jahren war die Arbeit im Vorstand natürlich mit besonderen Herausforderungen verbunden, wobei die Telefonkonferenzen sicherlich noch das geringste Problem waren. Auch ohne persönliche Treffen gelang es die Arbeit zu erledigen (u.a. alle organisatorischen Belange rund um Landtags- und Bundestagswahl). Dabei war auch viel Kreativität gefragt, um mit alternativen pandemiegerechten Formaten auch weiterhin wahrnehmbar zu bleiben. Ein Blick auf die Aktivitäten in den vier Regionen des Salzlandkreises und auf die Erwähnungen in der Lokalpresse während dieser Zeit, zeigt, dass uns das ganz gut gelungen ist. Vielen, vielen Dank also nochmal an alle, die das in den letzten zwei Jahren ermöglicht haben. Und natürlich auch ein herzliches Danke schön, an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die erneut kandidieren wollen. Denn es braucht die Erfahrung und den frischen Wind gleichermaßen.

Einen ausführlichen Rückblick auf die Arbeit des scheidenden Kreisvorstandes gibt es dann natürlich auf der 20. Kreisversammlung, bei der wir uns auf viele Genossinnen und Genossen aus dem Salzlandkreis und viele anregende Diskussionen freuen.

Henriette Krebs und Jörg Lemmert, Eure Kreisvorsitzenden



# + + + Ausgewähltes aus dem Landtagsticker + + +

## Neu gewählte Richterinnen und Richter des Landesverfassungsgerichtes vereidigt

Im Dezember 2021 hatte der Landtag von Sachsen-Anhalt die neuen Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes und deren Vertreterinnen und Vertreter gewählt. Mit der Vereidigung kann das höchste Rechtsprechungsorgan des Landes in neuer Zusammensetzung seine Arbeit aufnehmen. Präsident des Landesverfassungsgerichtes ist Dr. Uwe Wegehaupt. Wir freuen uns, dass aus den Reihen der Partei DIE LINKE Dr. Detlef Eckert aus Halberstadt erneut ins Amt gewählt wurde. Als Vertreterin wurde Dr. Birke Bull-Bischoff aus Halle gewählt. Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen eine erfolgreiche Arbeit.

## Verbraucherpreise, Energieversorgung, internationale Politik

Gleich zwei aktuelle Debatten sowie weitere Anträge befassten sich mit dem Thema Energie. Die Explosion der Energiepreise und ihre sozialen Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher rückte die Fraktion DIE LINKE als einzige Fraktion in den Mittelpunkt der Debatten. Dabei hatten wir bereits mit unserem Antrag im November prognostiziert, dass es zu Jahresbeginn zu einem neuerlichen Anstieg der Energiepreise kommen würde. „Für viele Familien mit geringem Einkommen sind die Preissteigerungen überhaupt nicht mehr bezahlbar. Hier wird Energie zum Luxusgut, das sich nur noch Gutverdienende leisten können, während immer mehr Menschen im Kalten sitzen müssen“, schilderte die Sprecherin für Energie und Verbraucherschutz Kerstin Eisenreich die Situation vieler Menschen und forderte daher im Namen der Fraktion DIE LINKE soziale Garantien des Sozialstaates! „Andere Länder, wie Frankreich, Spanien, Italien, Tschechien haben bereits seit Oktober Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucher\*innen umgesetzt bzw. angekündigt. Aber Deutschland kommt weder auf Bundes- noch Landesebene aus dem Knick und lässt die Menschen im Stich.“ Verschiedene Maßnahmen müssen kurz- und langfristig umgesetzt werden. DIE LINKE fordert eine direkte Zahlung von 200 Euro pro Person in einkommensschwachen Haushalten kurzfristig als notwendiges Minimum. Mittelfristig müssten die Sozialleistungen erhöht werden. Eisenreich kritisierte: „Die Erhöhung des Satzes für Bezieher\*innen von Leistungen nach SGBII um 3 Euro hat doch keinerlei entlastenden Effekt. Sie ist verantwortungslos.“ Der Maßnahmenkatalog ist umfangreich - vollständige Übernahme der tatsächlichen Heiz- und Stromkosten für Sozialleistungsbezieher\*innen, Steuersenkungen, z.B. bei der Stromsteuer, Verbot von Strom- und Gassperren, Deckelung des Strompreises, Abbau fossiler Subventionen, Reduzierung der Ausnahmeregelungen für stromintensive Unternehmen usw. Die sozialen Folgen hoher Energiepreise und Sicherstellung der gesellschaftlichen Teilhabe müssen dringend abgedefert werden. „Es gibt zahlreiche Stellschrau-

ben, um die Menschen finanziell zu entlasten. Nur muss daran auch endlich gedreht werden“, forderte Eisenreich die Landesregierung zum Handeln auf. Weitere Tagesordnungspunkte befassten sich mit Sanktionen gegen Russland, der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 und der Stromnetzstabilität mit sehr unterschiedlichen Bewertungen durch die einzelnen Fraktionen.

## Humanitäre Katastrophe - Schutzsuchende von der polnisch-belarussischen Grenze evakuieren

„An der polnisch-belarussischen Grenze spielt sich eine humanitäre Katastrophe ab. Bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt sitzen Schutzsuchende seit Wochen in den Wäldern und Sümpfen entlang der Grenze fest - ohne Zugang zu Nahrung, Wasser oder medizinischer Versorgung. Journalist\*innen, Menschenrechtsorganisationen und Hilfsorganisationen werden von der Grenze verbannt. Die polnische Regierung hat das Grenzgebiet zur Sperrzone erklärt, behauptet eine Notlage und hat sich so einen rechtsfreien Raum unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschaffen. Diese Notlage ist die politische Erzählung der Rechten und dient als Legitimation für die Aussetzung von Menschenrechten, EU-Recht und Pressefreiheit“, sagte die Sprecherin für Flüchtlingspolitik Henriette Quade bei der Einbringung des Antrages der Linksfraktion. Diese Einschätzung beruht auf ihren persönlichen Erlebnissen vor Ort an der polnisch-belarussischen Grenze, die sie gemeinsam mit weiteren Landtags- Bundestags- und Europaabgeordneten der Linken bei einer kürzlichen Reise in die Grenzregion erfahren hatte. „Mindestens 21 Menschen sind bisher in diesem Grenzgebiet gestorben, darunter auch Kinder. In der EU wird systematisch Recht gebrochen, finden schwere Menschenrechtsverletzungen statt und ist es illegal Menschen vor dem Erfrieren im Wald zu retten“, sagte Quade weiter. Dabei kämen die Schutzsuchenden kommen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Irak, Syrien, Afghanistan, dem Jemen oder dem Iran und hätten nach europäischem Asylrecht Aussichten auf einen Schutzstatus und selbst wenn das nicht so wäre, hätten sie das Recht auf ein faires Verfahren und die Prüfung ihres Falls. Deshalb forderte die Linksfraktion konkret, dass die Menschen so schnell wie möglich evakuiert werden und in der EU ein rechtsstaatliches Asylverfahren bekommen. Sie forderte ein Landesaufnahmeprogramm, den Stopp illegaler Push-Backs, die Schließung der Haftlager für Asylsuchende, die Wahrung der Menschenrechte und ein Ende der systematischen Rechtsverletzungen. Es dürften keine Menschen mehr nach Polen abgeschoben oder rücküberstellt werden. Der Antrag wurde abgelehnt.

## Solidarisch aus der Pandemie

Die Welt und Sachsen-Anhalt leben nunmehr seit fast zwei Jahren mit der Pandemie. Die Folgen sind noch immer nicht in Gänze absehbar.

Erste Studien liegen hierzu vor. Allerdings wird nicht nur durch das stetig zunehmende und sich am rechten Rand radikalisierte Versammlungsgeschehen deutlich, dass die Akzeptanz der Maßnahmen und auch demokratischer Prozesse abnimmt. Umso größer ist die Bedeutung von für Menschen schlüssigen, nachvollziehbaren und gerechten politischen Maßnahmen. „Entscheidende Bedeutung für die Akzeptanz der Beschränkungsmaßnahmen, zu denen wir als Opposition grundsätzlich stehen, ist die Transparenz der Entscheidungen und eine Einbindung von Wissenschaftlerinnen, von Expertinnen, aber eben auch von Expertinnen in eigener Sache, nämlich Bürgerinnen und Bürgern des Landes Sachsen-Anhalt“, sagte die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag die Einberufung eines Pandemierates, der die kurz- wie langfristigen Folgen der Pandemie für die Menschen in Sachsen-Anhalt analysieren, Maßnahmen dagegen entwickeln und auch Präventionsstrategien entwickeln. Denn immer mehr Menschen seien verunsichert, ob die beschlossenen Corona-Maßnahmen angemessen seien und welche langfristigen Folgen sie haben könnten. Der Antrag wurde ebenso wie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis90/Grüne abgelehnt.

## Kunst und Kultur sind mehr als Unterhaltung

Die Kulturlandschaft in ihrer Gesamtheit und insbesondere die Freie Kunst- und Kulturszene hat in den letzten zwei Jahren mit erheblichen Einschränkungen umgehen müssen. Der Ausfall von kulturellen Veranstaltungen aller Art brachte und bringt die Kulturschaffenden in existentielle Notlagen. Darüber hinaus ist in den vergangenen zwei Jahren nicht nur für die nachwachsende Generation ein kulturelles Vakuum in der eigenen Biografie entstanden, dessen gesellschaftlicher Schaden aktuell noch nicht in Gänze sichtbar ist. Das entstandene Defizit muss mit verstärktem Engagement des Landes aufgeholt werden. In einem öffentlichen Appell des Kulturministers im Januar bittet der Minister die Kunst- und Kulturschaffenden, sich im Hinblick auf die anstehenden Haushaltsverhandlungen für die eigenen Belange einzusetzen und kulturpolitisch aktiv zu werden. Auch aus Sicht der antragstellenden Fraktion braucht es ein Gremium aus Kunst- und Kulturschaffenden, das sich in die kommenden Haushaltsverhandlungen und in die gesellschaftlichen Debatten einbringen kann, die vor uns liegen. Dem kulturpolitischen Sprecher Stefan Gebhardt zufolge müsse der Fokus auf denjenigen liegen, die gar keine Absicherung hatten, die auf Almosen angewiesen waren, die eventuell ihren freien Theaterberuf kurzzeitig an den Nagel gehängt haben. Diejenigen müssten wir motivieren, wieder künstlerisch für uns im Land tätig zu sein, weil wir den kulturellen Reichtum, den wir seit Jahren in Sachsen-Anhalt hatten, nicht missen wollen. Des Weiteren gehe es um die Sicherung von Kunst und Kultur.

# Bericht von der Sitzung des Kreisvorstandes im Januar

Klaus Magenheimer, Stellvertretender Kreisvorsitzender

Auch die erste Sitzung im Jahr fand als Telefonkonferenz statt. Der Kreisvorsitzende Jörg Lemmert eröffnete und begrüßte aus Berlin, seiner neuen Wohn- und Arbeitsstätte.

Zu Beginn wurde der Schatzmeisterin Jule Recklebe zu ihrem Geburtstag nachträglich gratuliert. Auch Lothar Boese erhielt die Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag. Ebenfalls wurde als Gast Rainer Zühlke herzlich begrüßt. Das Protokoll wurde aufgerufen und ohne Veränderungen zu den Unterlagen genommen. Wegen Nichtanwesenheit von Mitgliedern des Landesvorstandes und der Kreistagsfraktion wurde die Tagesordnung verändert.

Eine Rückschau auf Aktivitäten der letzten Wochen informierte über die durchgeführte Übergabe von Spendenpaketen an die Speisekammer in Aschersleben. Vom Ortsverband Saale-Wipper wurden ebenfalls Weihnachtspakete als Spende übergeben. In BBG organisierte die Linksjugend eine Gegenaktion zu den Spaziergängen der Coronademonstranten.

Sie beteiligten sich auch in Dessau an der Gedenkaktion zum 17. Todestag von Oury Jalloh. In Staßfurt beriet zur Vorbereitung der Bürgermeisterwahl ein kleines Wahlkampfteam über die Erstellung der Plakate, der Postkarten, dem Internetauftritt und weiteren öffentlichen Aktionen.

Zur Vorbereitung der politischen Vorhaben 2022 wurde der Entwurf des Sitzungsplanes als politischer Kalender beraten und beschlossen. Schwerpunkte sind in den kommenden Wochen alternative Neujahrsempfänge, z. B. gemeinsam mit der Landtagsfraktion in Aschersleben und der 8. März gemeinsam mit der Landtagsfraktion in Staßfurt. Schwerpunkte der politischen Arbeit werden die anstehenden Bürgermeisterwahlen in Staßfurt und Güsten sein, hier stellen wir eine eigene Kandidatin, bzw. einen eigenen Kandidaten zur Wahl.

Am 1. März wird Silvia Ristow in Bernburg ihr Amt als Oberbürgermeisterin übernehmen. Die Landtagsfraktionsvorsitzende Eva

von Angern möchte bei der Amtseinführung dabei sein.

Die weitere Vorbereitung des für März geplanten Landesparteitages wurde besprochen. Die Dokumente sind zwischenzeitlich in den Umlauf gebracht worden und 2 Regionalkonferenzen werden im Februar durchgeführt. Wegen einer beabsichtigten Doppelspitze ist eine Satzungsänderung erforderlich.

Über die weitere Vorbereitung der 20. Kreisversammlung am 26.03.2022 in Staßfurt wurde beraten. Weitere Kandidaturen sind anzustreben und eine Übersicht zu erstellen. Außerdem wurde über die aktuelle Finanzsituation mit den einzelnen Kontoständen sowie die Mitgliederentwicklung mit dem gegenwärtigen Stand von 258 Mitgliedern informiert. Die Finanzplanung 2022 ist in Arbeit und es wurde beschlossen, der Linksjugend einen Finanzbetrag von 500 Euro im Jahr für die 2 Gruppen in Bernburg und Schönebeck zur Verfügung zu stellen.

## Lars Lehmann will in Güsten Bürgermeister werden

Ortsvorstand DIE LINKE Saale-Wipper

Am 02. Februar 2022 fand auf Einladung des Ortsvorstandes der Partei DIE LINKE Saale-Wipper in Warmsdorf eine Mitgliederversammlung zur Aufstellung eines Kandidaten für die Bürgermeisterwahl am 24.04.2022 in Güsten statt. Die Durchführung der Veranstaltung fand unter Einhaltung der 3G-Regeln im Landgasthaus von Kalnassy statt. Nach der Begrüßung durch den Ortsvorsitzenden Lars Lehmann wurden die Regularien für eine solche Veranstaltung Versammlungsleiter, Schriftführer, Vertreter für die Abgabe der Erklärung an Eides statt und die Wahlkommission gewählt. Danach wurde die Liste zur Aufstellung der Kandidaten eröffnet. Der einzige Bewerber Lars Lehmann bekam nach Abschluss der Liste das Wort um seine Ziele zu erläutern. Im Gegensatz zum Amtsinhaber möchte Lars Lehmann für mehr Transparenz in den kommunalen Entscheidungsfindungen sorgen. Die Planungen der Stadt sollen vor dem abschließenden Beschluss öffentlich kommuniziert werden. Zur besseren Einbeziehung der Bürger möchte er einen „Kummerkasten“, sowie einen Jugendbeirat, Seniorenbeirat und einen Vereinsstammtisch schaffen. Mit letzterem soll es eine bessere Vernetzung der bestehenden Vereine geben und eine materielle Unterstützung, sowie auch eine Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln. Zur Unterstützung der regionalen Wirtschaft will der linke Bürgermeisterkandidat einen Unternehmerstammtisch schaffen. Bei Auftragsvergaben sollen Krite-



v. l. Lars Lehmann und Ernst Hermann Brink; Foto: privat

rien benannt werden, um Aufträge – sofern rechtlich möglich – weitestgehend regional zu vergeben. Zur Erhöhung der Lebensqualität im ländlichen Raum ist Lars Lehmann für die Fortführung des Schlaglochkatasters und der „Verwertung“ der Objekte, sowie eines Verkehrsraumkonzeptes mit 30 km/h-Zonen, Grünbereichen und Stellflächen. Um mehr Informationen über die Stadt verfügbar zu machen schlägt er ein Begrüßungspaket für Neueinwohner (Broschüre mit Vereinsinfos, Einrichtungen, usw.) vor. Ebenfalls ist Genosse Lehmann für die Schaffung einer Internetseite für die Stadt Güsten und eine Zeitung für die Stadt und Vereine. Neben der Aufstellung einer Wasserwehr unter Einbeziehung bereits vorhandener Strukturen möchte er eine energieautarke Stadt schaffen. Dazu gehören die Nutzung regenerativer Energien in öffentlichen Gebäuden, sowie die Förderung

von erneuerbaren Energien auf Problem- und Altlastenstandorten. Nach der Rede wurde die geheime Wahl durchgeführt. Während der Stimmenausschüttung stellte sich unser Neuzugang aus Bernburg Florian Rathmann den Mitgliedern des Ortsverbandes Saale-Wipper vor. Die Wahlkommission konnte verkünden, dass der Kandidat 100% der Stimmen erhalten hat. Alle Genossinnen und Genossen stimmten für Lars Lehmann. Es gab keine Gegenstimmen und Enthaltungen. Ernst Hermann Brink übergab als erster Gratulant einen kleinen Kaktus als Stachel gegenüber dem derzeitigen Bürgermeister Zander. Alle Anwesenden sicherten Lars ihre Unterstützung im Wahlkampf zu. Erste Aktionen wurden besprochen. Je nach pandemischer Lage sind Veranstaltungen am 08. März, ein Kochen mit Links, eine Osterveranstaltung mit Kindern im Kiesschacht und weiteres geplant.

# Die bürokratische Organisation des Völkermordes Zum 80. Jahrestag der „Wannseekonferenz“

Jan Korte am 20.01.2022

Heute vor 80 Jahren kamen in einer Villa am Großen Wannsee in Berlin fünfzehn hochrangige Vertreter der nationalsozialistischen Reichsregierung und der SS-Behörden zusammen. Die idyllische Lage der Villa, die im Besitz einer Wohltätigkeitsorganisation des SD war, sollte für eine entspannte und glanzvolle Atmosphäre sorgen. Denn die Runde unter dem Vorsitz von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich hatte einiges zu tun: Der begonnene Holocaust und die Vernichtung der als Feinde des Nationalsozialismus betrachteten Minderheiten wie der Juden, der Roma und Sinti oder von sowjetischen Militärangehörigen musste im Detail organisiert werden. Denn die Nazimordspezialisten hatten zwar gleich nach dem Beginn des Vernichtungskriegs im Osten breite Erfahrungen im Massenmord gesammelt, doch das seit Mitte 1941 wütende Morden musste aus Sicht der Nazis systematisiert und koordiniert werden. Auf der „Wannseekonferenz“ am 20. Januar 1942 ging es somit im Wesentlichen um die bürokratische und organisatorische Seite des industriellen Massenmords und der „Endlösung der Judenfrage“.

Um die Deportation aller europäischen Juden in die eroberten Gebiete in Osteuropa zu besprechen hatte Heydrich Behördenvertreter und SS-Führer, Staatssekretäre, Vertreter des „Reichssicherheitshauptamtes“ (RSHA), der Sicherheitspolizei und des SD versammelt, die alle für die östlichen Besatzungsgebiete zuständig waren. Ihnen allen war klar, dass mit der Deportation die Vernichtung der Menschen verbunden war. In dem von SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann, Heydrichs Referent für „Judenangelegenheiten“ im RSHA, verfassten Besprechungsprotokoll heißt es: „Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Juden kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht. (...) Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchkämmt. (...) Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangshetros verbracht, um von dort weiter nach dem Osten transportiert zu werden.“

Nach der Wannseekonferenz verschickte Eichmann einen „Schnellbrief“ an die Staatspolizeistellen, die aufgefordert wurden, alle noch im Reichsgebiet lebenden jüdischen Menschen festzustellen und deren Zahl dem RSHA zu melden. Denn „die in der letzten Zeit in einzelnen Gebieten durchgeführte Evakuierung von Juden nach dem Osten stellen den Beginn der Endlösung der Judenfrage im Altreich, der Ostmark und im Protektorat Böhmen und Mähren dar.“ Die Deportation wurde in „Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden in das Generalgouvernement“ bis ins Kleinste bürokratisch geregelt. Noch nicht einmal zwei Monate später begann ab Mitte März 1942 die industrielle Massenvernichtung im Rahmen der „Aktion Reinhard“, nachdem die Mörder die Betriebsfähigkeit

Land	Zahl
<b>A. Altreich</b>	<b>131.800</b>
Ostmark	43.700
Ostgebiete	420.000
Generalgouvernement	2.284.000
Bialystok	400.000
Protektorat Böhmen und Mähren	74.200
Estland - judenfrei -	
Lettland	3.500
Litauen	34.000
Belgien	43.000
Dänemark	5.600
Frankreich / Besetztes Gebiet	165.000
Unbesetztes Gebiet	700.000
Griechenland	69.600
Niederlande	160.800
Norwegen	1.300
<b>B. Bulgarien</b>	<b>48.000</b>
England	330.000
Finnland	2.300
Irland	4.000
Italien einschl. Sardinien	58.000
Albanien	200
Kroatien	40.000
Portugal	3.000
Rumänien einschl. Bessarabien	342.000
Schweden	8.000
Schweiz	18.000
Serbien	10.000
Slowakei	88.000
Spanien	6.000
Türkei (europ. Teil)	55.500
Ungarn	742.800
UdSSR	5.000.000
Ukraine	2.994.684
Weißrussland einschl. Bialystok	446.484
<b>Zusammen: über</b>	<b>11.000.000</b>

Ein Dokument der Wannseekonferenz; die Liste der jüdischen Bevölkerung in Europa; Quelle commons.wikimedia.org

der Vernichtungslager hergestellt hatten. Im Mai 1942 wurde Sobibor zur Hölle, Anfang Juni folgte Auschwitz-Birkenau und Mitte Juli 1942 die Mordstätte Treblinka. Erst das Vorrücken der Roten Armee und die militärische Niederlage gegen die Sowjetunion beendeten 1945 das industrielle Morden, dem allein sechs Millionen europäische Jüdinnen und Juden zum Opfer fielen. Von den 18 Millionen Menschen, die das Naziregime in Lager sperrte, wurden elf Millionen ermordet oder durch Zwangsarbeit vernichtet, darunter mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene, 500.000 Sinti und Roma, zehntausende Menschen mit Behinderung, politisch Andersdenkende und Homosexuelle. Anlässlich des heutigen Jahrestages gedenken wir den Opfern. Ihr Schicksal ist uns Verpflichtung im Kampf gegen Antisemitismus, Faschismus und Krieg.

Was aber wurde aus den Mördern?

Von den 15 Organisatoren des Holocaust überlebten neun den Krieg. Heydrich starb 1942 an den Folgen eines Attentats, Roland Freisler bei einem Luftangriff 1945 in Berlin und Gestapo-Chef Heinrich Müller vermutlich ebenfalls bei den Kämpfen um die „Reichshauptstadt“. Rudolf Lange, der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lettland und Alfred Meyer, Stellvertreter des Ministers im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, nahmen sich kurz vor Kriegsende das Leben. Martin Luther, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, starb kurz nach der Kapitulation in sowjetischer Haft. Eberhard Schöngarth, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement im besetzten Polen, und Josef Bühler, Staatssekretär

der Regierung des Generalgouvernements und Stellvertreter des Generalgouverneurs, wurden von den Alliierten verurteilt und hingerichtet. Erich Neumann, der als Staatssekretär in Görings Behörde für den Vierjahresplan an der Konferenz teilnahm, wurde nach Kriegsende interniert, 1948 entlassen und starb 1951 in Garmisch-Partenkirchen. Auch Friedrich Wilhelm Kritzinger, Ministerialdirektor in der Reichskanzlei und bei Kriegsende Mitglied der letzten „Reichsregierung“ unter Admiral Dönitz, wurde von den Amerikanern interniert, 1946 aber krankheitsbedingt entlassen. Er starb 1947 in Nürnberg. Adolf Eichmann lebte nach Kriegsende zunächst unter falschem Namen in der Lüneburger Heide und flüchtete dann nach Südamerika. Nachdem ihn 1960 der Mossad aus Argentinien entführt hatte, wurde er in Israel vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und 1962 hingerichtet. Otto Hofmann, der Leiter des RSHA, hingegen wurde zwar 1948 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen von einem US-Militärgericht zu 25 Jahren Haft verurteilt, bereits 1954 aber begnadigt und lebte danach völlig unbehelligt als kaufmännischer Angestellter bis zu seinem Tod 1982. Noch krasser Gerhard Klopfer, der als Ministerialdirektor in der Parteikanzlei an der Wannseekonferenz teilnahm. Er wurde zwar 1946 von den Amerikanern interniert, aber nicht angeklagt und nach seiner Haftentlassung 1949 durch eine Hauptspruchkammer als „minderbelastet“ eingestuft. Auch Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Reichsinnenministerium und zum Kriegsende wie Kritzinger Mitglied der „Reichsregierung“ unter Dönitz, wurde 1947 im Wilhelmstraßen-Prozess zu drei Jahren, zehn Monaten und 20 Tagen Haft verurteilt, bereits 1950 jedoch von einem Entnazifizierungsausschuss in Hannover als „Mitläufer“ eingestuft, so dass er kurz darauf als niedersächsischer Landesvorsitzender des rechtsextremen „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ und bis zu ihrem Verbot 1952 auch in der NSDAP-Nachfolgepartei SRP Karriere machte. Am deutlichsten wird der Umgang mit NS-Tätern in der frühen Bundesrepublik allerdings im Fall Georg Leibbrandt, dem Leiter der Hauptabteilung Politik im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. Nachdem er 1949 aus dem »Automatischen Arrest« entlassen und ein Verfahren gegen ihn wegen Mordes 1950 eingestellt worden war, stand seiner Nachkriegskarriere im Adenauerdeutschland nichts mehr im Weg. 1955 setzte ihn der Bundeskanzler als Berater bei der Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion ein und danach leitete Leibbrandt das Bonner Büro der Salzgitter-AG, den früheren Reichswerken Hermann Göring. 1982 starb er hochangesehen und unbehelligt in Bonn.

### Kreisvorstand und Redaktion gratulieren herzlich

Zum 91. Geburtstag  
Alfred Müller

Zum 89. Geburtstag  
Wolfgang Grötschel

Zum 88. Geburtstag  
Helga Wilke

Zum 85. Geburtstag  
Josef Braun

Zum 84. Geburtstag  
Isolde Hampe, Hans-Werner Moede

Zum 83. Geburtstag  
Martha Steinecke

Zum 82. Geburtstag  
Heinz Maiberg

Zum 75. Geburtstag  
Christa Beier, Klaus Karl Boßmann



graphic designed by photographeeasia / Freepik

**Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Februar Geburtstag haben.**

**Die 2. Tagung des 8. Landesparteitages findet am 05./06. März 2022 digital statt.**

**Am 07.03.2022 findet um 18 Uhr Sitzung der Kreistagsfraktion im Staßfurter Wahlkreisbüro.**

**Die 20. Kreisversammlung findet am Samstag, den 26.03.2022 bei den Staßfurter Stadtwerken (Athenslebener Weg 15 in 39418 Staßfurt) statt.**

**Mailverteiler des Kreisverbandes**  
Ergänzend zur LINKEN Zeitung gibt regelmäßig Informationen zu aktuellen Entwicklungen per E-Mail. Bei Interesse am Verteiler des Kreisverbandes schickt uns bitte eure Mail-Adresse an [dielinke-slk@t-online.de](mailto:dielinke-slk@t-online.de)

**Aufruf zur Mitarbeit!**  
DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises. Außerdem freuen wir uns über weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Redaktionsarbeit. Der Kontakt befindet sich unten.

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Salzlandkreis

**Spendenaufzur zur Unterstützung der Bürgermeisterwahlen**  
Zur Unterstützung unserer **Wahlkämpfer\*innen** bei den **Bürgermeisterwahlen** in **Staßfurt** und **Güsten** bitten wir um **Spenden**. Jeder Cent hilft!  
Spendenkonto: **IBAN: DE 08 800 555 000 370 044 231**  
**Vielen Dank für Ihre Unterstützung im Voraus!**



**Gemeinsam für Staßfurt**

*endlich*  
**Zukunft wagen!**

**Ihre Stimme für Erfahrung und Kompetenz**

**Bianca Görke**

*Eine Bürgermeisterin für alle.*

[www.bianca-goerke.de](http://www.bianca-goerke.de)

**Liebe Staßfurterinnen und Staßfurter,**

Sie haben die Wahl, „Weiter so“ oder endlich anpacken.

Das gibt's nur mit mir:

- **Leidenschaft, Engagement und Herzblut** beim Handeln
- Entscheidungen mit gesundem **Menschenverstand** und **Tatkraft**
- **Mut**, Neues zu wagen und Gutes zu erhalten
- **Chancen erkennen** und nutzen um die Stadt wieder zu beleben
- Staßfurt wirtschaftlich, sozial und ökologisch **in die Zukunft führen - Miteinander**

Gemeinsam ist Vieles möglich, Sie haben es in der Hand.

Herzlichst  
Ihre Bürgermeisterkandidatin

*Bianca Görke*

Am 20. März haben sie buchstäblich die Wahl

**für Staßfurt**



An alle  
Staßfurterinnen und Staßfurter, in der  
Kernstadt und den Ortsteilen

DIE LINKE.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband rechnet nach

**Hartz IV ist immer noch Armut per Gesetz!**

678€ (bedarfsgerechter Regelsatz) vs 449€ (aktueller Regelsatz)

**DIE LINKE.**

Quelle: Der Paritätische Wohlfahrtsverband

**Herausgeber:**  
Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)  
[dielinke-slk@t-online.de](mailto:dielinke-slk@t-online.de)  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion:**  
Andreas Schneidewind (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer  
Ernst-Hermann Brink  
Henriette Krebs

**Satz + Layout:**  
Karsten Noack

**Druck:**  
Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.

**Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 04. März 2022.**

**Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 04. Februar 2022.**

**Aktuelle Informationen zur Arbeit im Kreisverband gibt es auf:**  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)

ClimatePartner<sup>o</sup> Die Linke Zeitung wurde klimaneutral  
klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.  
Druck E ID 31151-1701-1701